

Im Zwiespalt: Solidarität in Zeiten Ortegas

Thesen zur Solidarität mit Nicaragua

1. Es gibt kein „definiertes linkes bzw. emanzipatorisches gesellschaftliches Projekt“ in Nicaragua, mit dem wir solidarisch sein könnten. Die Regierung und die sie stützende Partei ist so autoritär und repressiv aufgestellt, dass sie kein Bezugspunkt für fortschrittliche Politik sein kann. Wohl gibt es aber eine sehr breite Zivilgesellschaft, in der wir viele Akteure finden, mit denen wir solidarisch kooperieren können. Von besonderer Bedeutung sind hier die Frauenorganisationen unterschiedlicher Ausrichtung.

2. Unsere Solidarität kann sich auf zwei Ebenen ausdrücken:

a. Durch finanzielle Unterstützung für die Arbeit von NGOs und sozialen Bewegungen. Ohne diese Unterstützung wären die lokalen Organisationen sehr geschwächt, kaum handlungsfähig. Wichtig ist, hier nicht als neokolonialer Geldgeber, sondern als Partner auf Augenhöhe aufzutreten.

b. Durch politische Kooperation mit den zivilgesellschaftlichen Partnern. Dies wird i.d.R. themenspezifisch realisiert, bezieht sich also nicht auf ein gesellschaftliches Projekt, sondern auf konkrete Forderungen. Dabei muss Solidarität hier keine Einbahnstraße sein. Oftmals erhalten wir wichtige inhaltliche Inputs für unsere politische Arbeit hier in Deutschland/Europa von unseren lokalen Partnern. Thematische Beispiele aus den letzten Jahren sind:

i. Maquila-Initiative / Kampagne für ‚Saubere‘ Kleidung

ii. Kooperation mit Bewegung arbeitender Kinder (NATRAS-ProNATs)

iii. Kampagne gegen das Assoziierungsabkommen EU-MA

iv. Aktionen gegen Gewalt gegen Frauen (vgl. auch Kampagne gegen das totale Abtreibungsverbot oder gegen die Kriminalisierung von Feministinnen)

3. Wir sollten uns vor politischem Dogmatismus hüten. Es macht weder Sinn, die undemokratischen Praktiken der Regierung Ortega schönzureden, noch, diese Regierung zu dämonisieren. Solidarität mit lokalen Partnern heißt deshalb auch nicht, dass wir trotz aller Unterstützung für ihre Arbeit alle Einschätzungen und Aktionen gutheißen müssen. Die Gleichsetzung von Ortega mit Somoza oder der Aufruf, die neoliberalen und korrupten Liberalen zu wählen ist einer politischen Polarisierung geschuldet, die wir hier nicht kopieren sollten.

4. Ein nüchterner Blick auf die Regierungspolitik in Nicaragua zeigt Licht und Schatten. Der ökonomische Pragmatismus der Regierung und die verschiedenen Sozialprogramme mögen problembehaftet sein, sind aber trotzdem um ein Vielfaches besser, als die Politik ihrer Vorgänger. Auch das gilt es zur Kenntnis zu nehmen, ohne dass damit der Autoritarismus der Regierung verharmlost würde.

5. Auf partei- und regierungspolitischer Ebene ist auf mittelfristige Sicht keine positive Veränderung zu erwarten. Weder FSLN noch MRS oder andere künftige sandinistische Abspaltungen scheinen auf absehbare Zeit als relevante Träger fortschrittlich-linker politischer Hoffnungen in Frage zu kommen, eine Fortsetzung der aktuellen Situation ist wahrscheinlich. Daher werden sich in der Zivilgesellschaft vermutlich zwei Tendenzen herausbilden: Eine radikale Minderheit, die weiterhin die „Diktatur Ortega/Murillo“ offensiv bekämpft und eine Mehrheit, die pragmatisch ihrer Arbeit nachgeht, teilweise auch in Kooperation mit der Regierung und ihren Organen (bis hin zu den CPC). Wir tun gut daran, uns nicht einseitig für die eine oder andere Linie zu entscheiden. Beide Positionen haben ihre Berechtigung, beide verdienen unsere Solidarität.

CIR, Münster, 05.03.2010